

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 12. Dezember 2022; Bericht

Am 12. Dezember 2022 fand in Brüssel eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Laufende Angelegenheiten, Russlands Aggression gegen die Ukraine und Iran.

Unter dem Tagesordnungspunkt Laufende Angelegenheiten wurden vom Hohen Vertreter und Vizepräsidenten der Europäischen Kommission (HV/VP) Josep Borrell Moldau, Menschenrechte, Südliche Nachbarschaft, Tunesien, der globale Outreach bezüglich der russischen Aggression gegen die Ukraine / Implementierung des EU-Aktionsplans, die Europäische Friedensfazilität (finanzielle Tragfähigkeit) sowie Global Gateway angesprochen.

Beim Tagesordnungspunkt Russlands Aggression gegen die Ukraine ging HV/VP Josep Borrell auf Fragen der militärischen Unterstützung, Rechenschaftspflicht, Sanktionen, Stärkung der Resilienz und Wintervorbereitung ein. Die EU-Mitgliedstaaten betonten die Bedeutung der fortgesetzten Unterstützung der Ukraine, vor allem vor dem Hintergrund des Wintereinbruchs und der russischen Angriffe auf die ukrainische Energieinfrastruktur. Eine Vielzahl an EU-Mitgliedstaaten forderte die fortgesetzte militärische und finanzielle Hilfe für die Ukraine, eine schnelle Verabschiedung des neunten Sanktionspakets sowie eine einheitliche EU-Linie in der Frage der Rechenschaftspflicht.

Bei der Diskussion zum Iran wurde die aktuelle innenpolitischen Situation im Iran, insbesondere die gewaltsame Unterdrückung der Proteste, die iranische Unterstützung der russischen Aggression gegen die Ukraine sowie der Status des Atomabkommens (JCPOA) besprochen. Die EU-Mitgliedstaaten unterstützten die Annahme von weiteren Sanktionen im Zusammenhang mit der Niederschlagung der Proteste im Iran und

Drohnenlieferungen an Russland und betonten, dass die EU deutliche Botschaften an den Iran senden müsse.

Unter dem Tagesordnungspunkt Sonstiges thematisierte HV/VP Borrell die fortgesetzten Bemühungen zum Belgrad-Pristina-Dialog und die rezenten Eskalationen im Nord-Kosovo. Unter Verweis auf das fortgesetzte starke österreichische Engagement für Stabilität in der Region und insbesondere im Kosovo habe ich die volle Unterstützung Österreichs für die Bemühungen des EU-Sonderbeauftragten Miroslav Lajčák im Belgrad-Pristina-Dialog betont.

Der Rat nahm Schlussfolgerungen zu Iran, zum Pakt für die zivile GSVP und Jemen an.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

20. Jänner 2023

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.
Bundesminister